

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 27.08.2018

Zur ersten Ratssitzung nach der Sommerpause und dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit dem Titel „Menschen in den Mittelpunkt–Anforderungen für den Weg zu einer nachhaltigen kommunalen Wirtschaftsförderung“ äußert sich die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

„Mit unserem Antrag zur kommunalen Wirtschaftsförderung wollen wir Anforderungen an die Wirtschaftsförderung stellen. Unsere Fraktion hat gemeinsam mit Vertreter*innen der örtlichen Gewerkschaften und des DGB verschiedene Anforderungen erarbeitet, die in unseren Antrag mit eingeflossen sind.

Im Kern dreht es sich dabei darum, Wirtschaftsförderung neu zu definieren. Gute Arbeit muss dabei ein Kernpunkt werden. Für uns ist Wirtschaftsförderung mehr als Standortmarketing und Unternehmenssubventionen. Wir fordern, dass die kommunale Wirtschaftsförderung ihre Dienstleistungen nur an Unternehmen vergibt, die sich für Gute Arbeit und attraktive Arbeitsbedingungen einsetzen. Es sollten nur Unternehmen gefördert werden, in denen Tarifverträge gelten, die das Recht auf Mitbestimmung ihrer Arbeitnehmer*innen fördern und die auf Leiharbeit verzichten. Die kommunale Wirtschaftsförderung kann dafür sorgen gemeinsam mit den Akteur*innen der Wirtschaft eine sowohl ökonomische, als auch ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaftsregion zu schaffen.

Wir fordern darüber hinaus eine strukturelle Öffnung und Demokratisierung der Wirtschaftsförderung. Die kommunale Wirtschaftsförderung muss unter Einbeziehung aller Wirtschaftsakteur*innen neu aufgestellt werden. Es sind dabei vor allem auch Gewerkschaften zu beteiligen und als starke und kompetente Partner*innen zu sehen.

Zunächst stellen wir uns einen Arbeitskreis vor, in dem die Beteiligten aus Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und anderen Akteur*innen zusammenkommen. Die Anforderungen aus unserem Antrag sollten dabei als Grundlage für die Neuausrichtung der kommunalen Wirtschaftsförderung gelten.“

Zum gemeinsamen Antrag „Seebrücke–Friedensstadt Osnabrück als sicherer Hafen“ erklärt Ratsfrau Heidi Reichinnek:

„Wir freuen uns sehr das wir nun einen breit getragenen Antrag zur Unterstützung des Bündnis „Seebrücke“ in den Rat einbringen und beschließen können.

Das ist ein starkes Signal, dass die Mehrheit in dieser Stadt gegen den Rechtsruck der letzten Jahre steht. Das zivilgesellschaftliche Engagement von tausenden Menschen unserer Friedensstadt müssen wir aus der Politik unterstützen. Wir müssen zeigen, dass wir als Kommune bereit und willens sind, auch weiterhin geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu unterstützen –als klares Signal an Bund und EU!

Es bedarf natürlich einer Lösung auf europäischer Ebene. Doch genau dafür wird der zivilgesellschaftliche Druck aus den Kommunen benötigt. Nur so können wir deutlich machen, dass die Mehrheit solidarisch an der Seite der Geflüchteten steht, dass wir fordern, endlich Fluchtursachen zu bekämpfen statt Flüchtende.“